



# Für eine Digitale Zeitenwende im Freistaat

10 Bitkom Prioritäten zur Landtagswahl  
in Sachsen

#### Herausgeber

Bitkom e. V.  
Albrechtstraße 10  
10117 Berlin  
T 030 27576-0  
bitkom@bitkom.org  
www.bitkom.org

#### Ansprechpartnerin

Sophie Vogt-Hohenlinde | Bitkom e. V.  
T 030 27 576-147 | s.vogt-hohenlinde@bitkom.org

#### Layout

Anna Stolz | Bitkom e. V.

#### Titelbild

© Tim Hufner – unsplash.com

#### Copyright

Bitkom 2024

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

# Für eine Digitale Zeitenwende im Freistaat

Sachsen ist mit »Silicon Saxony« der **größte Mikroelektronikstandort Europas** und ein wichtiger Standort der Software und IT-Industrie. Jeder dritte in Europa produzierte Chip ist »Made in Saxony«. Damit spielt der Freistaat eine wichtige Rolle im digitalen Ökosystem Deutschlands. Das spiegelt auch der ↗ Bitkom Länderindex wider: Sachsen ist das bestplatzierte ostdeutsche Bundesland und belegt in den Kategorien »Staat und Verwaltung« sowie »Digitale Gesellschaft« Spitzenplätze im Bundesländervergleich.

Digitalisierung ist folgerichtig auch ein Schwerpunkt der bisherigen Staatsregierung: Mit der ressortübergreifenden Digitalstrategie »sachsen digital 2030« will das Land die Digitalisierung vorantreiben. Sowohl das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr als auch die Sächsische Staatskanzlei koordinieren wichtige Akteure der Digitalpolitik im Land. Zudem gibt es mit der Digitalagentur Sachsen einen zentralen Dienstleister und Ansprechpartner für Fragen der digitalen Transformation. Die im Ländervergleich bisher erfolgreiche Arbeit gilt es in der neuen Legislaturperiode fortzusetzen. Damit das gelingt, muss der **Flickenteppich an Zuständigkeiten im Digitalen reduziert und ein echtes Digitalministerium im Land eingerichtet werden**, wie zuletzt auch in Bayern oder Hessen. Wichtig ist dabei, nicht nur ein »Klingelschild zu schaffen, sondern zentrale Kompetenzen wie im Bereich der digitalen Infrastruktur oder der Verwaltungsdigitalisierung zu bündeln. Außerdem sollten **IT-Budgets im Digitalministerium zusammengeführt** werden.

Grundsätzlich gilt: Der Staat ist nicht für sich selbst da, sondern für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen. Deshalb muss er – auch im Föderalismus – für eine erfolgreiche digitale Transformation sorgen, die den Menschen und den Unternehmen nützt. Das gilt besonders für die digitale Verwaltung, wo Deutschland alles andere als Vorreiter ist. Hier braucht es **mehr politische Kooperationsbereitschaft auf Länderebene** – auch in Sachsen. Eine Vielfalt paralleler Strukturen, wie auch beim Datenschutz, ist keine Stärke, sondern in der Regel kontraproduktiv. Der Freistaat sollte sich im Rahmen der **Digitalministerkonferenz** daher als **Impulsgeber für die föderale Zusammenarbeit** positionieren und auf mehr Einheitlichkeit hinwirken.

Im Digitalen in Deutschland endlich aus dem Mittelmaß herauszukommen und den Anspruch zu haben, Technologieführer zu sein – das ist kein Selbstzweck. Wirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungswesen und viele weitere Bereiche der Gesellschaft müssen digital besser aufgestellt werden, um für die Herausforderungen unserer Zeit gewappnet zu sein. Länder wie Sachsen können dabei zu **digitalen Leitregionen** werden, in denen sich die Politik für eine echte **digitale Zeitenwende** einsetzt. Die künftige Staatsregierung muss dafür die Weichen stellen: Wie und mit welchen Maßnahmen entwickeln wir Sachsen als Digitalstandort weiter? Dazu schlagen wir im Folgenden **zehn digitalpolitische Schwerpunkte** für den Freistaat vor. Es gibt viel zu tun für ein digitales Sachsen.

Es sollte ein echtes Digitalministerium im Land eingerichtet werden, in dem zentrale Zuständigkeiten im Bereich digitale Verwaltung und digitale Infrastruktur gebündelt werden.

# 10 Prioritäten für ein digitales Sachsen

## 1. Digitale Infrastruktur zielgerichtet ausbauen

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist für die sächsische Wirtschaft und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land unverzichtbar. Um die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen, sind leistungsstarke Netze im Mobilfunk und im Festnetz erforderlich. Sachsen hat in den vergangenen Jahren Fortschritte beim Breitband- und Mobilfunkausbau gemacht. Bei der Versorgung mit 5G kann der Freistaat im Bundesvergleich sogar eine **überdurchschnittliche Flächenabdeckung** vorweisen. Mit den umgesetzten Änderungen der Sächsischen Bauordnung hat der Freistaat zu dieser Beschleunigung des Mobilfunkausbaus beigetragen. Es bestehen jedoch **weitere Beschleunigungspotenziale**, wie z. B. die **Einführung einer Genehmigungs- und Vollständigkeitsfiktion für die Errichtung von Mobilfunkmasten in der Landesbauordnung**. Entscheidend für einen effizienten Glasfaserausbau ist, dass die Fördermaßnahmen nicht in Konkurrenz zum privatwirtschaftlichen Ausbau stehen. Hier hat der Freistaat im Rahmen der Gigabitförderung des Bundes beim letzten Förderaufruf die vorgesehene Landesobergrenze deutlich überschritten. Es wurden viele Anträge gestellt, die von vornherein keine Aussicht auf Erfolg hatten. Die staatliche Förderung muss sich auf die Gebiete beschränken, für die mittel- bis langfristig kein privatwirtschaftliches Ausbaupotenzial besteht. Der deutlich langsamere geförderte Ausbau ist eine notwendige Ergänzung, um eine Flächendeckung zu erreichen, muss sich aber stärker als bisher auf die wirklich bedürftigen Gemeinden in Sachsen konzentrieren.

## 2. Silicon Saxony als Mikroelektronikstandort ausbauen

Halbleiter sind die **Basistechnologie für weite Teile der deutschen Wirtschaft**. ITK-Unternehmen sind ebenso auf Halbleiter angewiesen wie klassische Industriezweige wie der Automobil- oder Maschinenbau. Deutschland und Europa müssen vorhandene Stärken verteidigen und zügig weitere eigene Kernkompetenzen aufbauen, um handlungsfähig zu bleiben und unabhängiger zu werden. Sachsen verfügt bereits über ein **etabliertes Halbleiter-Ökosystem**. Dieses wird durch die geplanten Vorhaben im Rahmen des EU-Chips Act und Important Project of Common European Interest II (IPCEI II) weiter gestärkt. Sachsen muss weiterhin eine **aktive Rolle in den europäischen und bundesdeutschen Halbleiteraktivitäten** einnehmen und sich sowohl finanziell als auch strukturell engagieren.

Wichtig ist dabei die **ganzheitliche Betrachtung des Halbleiterökosystems** entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Die Sächsische Staatsregierung sollte den **Dialog mit der Anwender- und Zulieferindustrie sowie den Forschungseinrichtungen im Halbleiterökosystem weiter intensivieren**, um den strategischen Bedürfnissen der Anwen-

derunternehmen gerecht zu werden. Die enge Zusammenarbeit mit dem Silicon Saxony e. V., dem Smart Systems Hub sowie weiteren etablierten Clusterorganisationen sollte dabei fortgesetzt bzw. weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus sollten neben der Förderung von Produktionsprojekten auch **Aktivitäten in der Chipentwicklung und im Chipdesign** unterstützt und entsprechende Kompetenzen gefördert werden, z. B. durch den Ausbau eines entsprechenden Kompetenzzentrums.

### 3. Booster für die Digitale Bildung

Die in der Digitalstrategie Sachsen beschriebene Vision für digitale Bildung im Sinne digitaler Technologien und Kompetenzen an Schulen, Hochschulen und im lebenslangen Lernen gilt es, zu erreichen. Die **medienpädagogische und technische Ausstattung** in frühkindlichen Bildungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen **sollte mit Tempo weiter ausgebaut und essenzielle Kompetenzen von pädagogischem und Lehrpersonal gestärkt, sowie Potenziale für ihre Entlastung durch digitale Technologien** erschlossen werden. Mit bestehenden Programmen wie der Breitbanderschließung von Sachsens Schulen geht das Bundesland bereits mit gutem Beispiel voran, setzt sich messbare Ziele und erhebt laufend relevante Daten. Bildungspolitische Ziele mit messbaren KPIs zu verknüpfen, sollte zum Grundsatz werden und Fortschritt in der digitalen Bildungspolitik auf einem **öffentlich transparenten, digitalen Dashboard** sichtbar gemacht werden.

Den **Mittelabfluss aus dem DigitalPakt Schule** (derzeit 33 Prozent) gilt es, zu beschleunigen – etwa durch die Identifizierung und Beseitigung bürokratischer und praktischer Hemmnisse bei der Beantragung der Fördergelder. Die Verhandlungen über einen **Digitalpakt 2.0 mit erweitertem Förderrahmen** und dessen Einbettung in die sächsische Förderlandschaft müssen priorisiert und mit Nachdruck vorangetrieben werden. Für Schulen und Schulträger drohen ohne die versprochene Anschlussfinanzierung Stillstand und finanzielle Unsicherheit. Sachsen sollte seine zentrale Rolle nutzen, um sich grundsätzlich für eine nachhaltigere Nutzung der Fördermittel einzusetzen, z. B. durch die bundesweite Verankerung technischer Mindeststandards für Schulen. **Sachsen steht im bundesweiten Vergleich beim Informatikunterricht bereits gut da.** Es gilt als Nächstes, den Unterricht bereits ab Klasse 5 verpflichtend anzubieten und als Prüfungsfach mit anderen Naturwissenschaften gleichzustellen. Das Netzwerk **»Digitale Schule Sachsen«** ist bundesweit ein positives Beispiel für die Vernetzung und gegenseitige Stärkung von Schulen im Bereich Digitalisierung. Die Leuchtturmschulen sollten mit Unterstützung der Landesregierung landes- und bundesweit sichtbar gemacht und der Transfer ihrer Best Practices in die Praxis gewährleistet werden. Nach Abschluss des Pilotprojektes der **»MIT-Schulen«** sollte dieses Schulprofil landesweit ausgerollt werden. Außerdem sollte das Netzwerk als Vorbild für andere Länder fungieren und Sachsen seine Erfahrungen über die Kultusministerkonferenz weitergeben.

Im Bereich der **Berufsschulen** ist zur Modernisierung insbesondere die Verzahnung mit praktischen Inhalten aus Unternehmen zu stärken. Verschiedene Maßnahmen wie die **»Entwicklung einer Cloudlösung für Berufliche Schulzentren«** mit Ausbildungsbetrieben begrüßen wir, um die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben zu fördern. Digitale Angebote im Rahmen der Berufsorientierung wie die **»360-Grad-Videos für Berufsbilder«** helfen, mehr junge Menschen für

eine berufliche Ausbildung zu gewinnen. Außerdem gilt es, **Sachsens Dachstrategie für die »Digitale Transformation im Hochschulbereich« ambitioniert umzusetzen**, gemäß neuen technologischen Entwicklungen laufend zu aktualisieren und Fortschritt ebenfalls mithilfe messbarer KPIs sichtbar zu machen.

## 4. Resiliente Verwaltung dank digitaler Technologien

Die sächsische Verwaltung muss dringend **digitaler, schneller und effizienter** werden. Die Digitalisierung der Verwaltung hat das Potenzial, die Art und Weise, wie wir mit staatlichen Institutionen interagieren, zu verbessern und zu vereinfachen. Sie kann dazu beitragen, **Prozesse zu beschleunigen, bürokratische Hürden abzubauen, die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen und das Vertrauen in den Staat zu stärken** – umso wichtiger in Zeiten des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst. Doch die Umsetzung stellt die Politik sowie die Verwaltung selbst vor große Herausforderungen. Eine Priorität der neuen Staatsregierung muss es daher sein, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen mit den Anforderungen an eine moderne digitale Verwaltung in Einklang zu bringen.

Mit der »Strategie zur digitalen Transformation der Sächsischen Staatsverwaltung« wurde ein zentrales Versprechen der Digitalstrategie Sachsens umgesetzt und wichtige Akzente für eine Modernisierung der Verwaltung angeregt. Dennoch bleibt die **Verwaltungsdigitalisierung den eigenen Ansprüchen, aber auch den rechtlichen Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), zurück**. Der Freistaat Sachsen hat 36 Prozent der Verwaltungsleistungen des OZG umgesetzt und befindet sich im bundesweiten Vergleich nur im Mittelfeld. Laut Bitkom Länderindex schätzen nur 15 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen ihre Kommune als sehr digital ein. Um die Digitalisierung schneller voranzutreiben, sollte die zukünftige Landesregierung daher einen **Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen** einführen – nach dem Vorbild Bayerns.

Mit einer Digitalisierung der Verwaltungsanträge ist es jedoch nicht getan. Es braucht eine umfassende **Neuausrichtung bestehender Prozesse**. Dabei sollten die Einbindung und der Umgang mit Technologien wie Künstlicher Intelligenz (KI) mitgedacht werden. Diese Entwicklung muss auf der Basis von **deutschlandweit einheitlichen Standards sowie offenen Schnittstellen und damit einer Sicherstellung von Interoperabilität** geschehen. Die vom Freistaat Sachsen mit dem Land Baden-Württemberg unterzeichnete Kooperationsvereinbarung zum Start des gemeinsam entwickelten OZG-Hubs ist dafür ein positives Zeichen. Außerdem ist eine stärkere **Integration von Cloud-Lösungen** unabdingbare Voraussetzung für eine agile, digitale Verwaltung. Hierbei sind klare und transparente Kriterien für die Einbeziehung privater Anbieter beim **Aufbau einer unabhängigen Verwaltungs-Cloud im Sinne eines Multi-Cloud-Ansatzes** entscheidend. Um die Kommunen zu entlasten und ihnen eine Fokussierung auf Prozesse zu

ermöglichen, die ihr **lokales Know-how** erfordern, wie z. B. bei Baugenehmigungen, sollten **standardisierbare Dienstleistungen künftig vom Bund bereitgestellt werden (im Sinne der »Dresdner Forderungen«)**. Entscheidend hierfür ist ein offener Austausch zwischen den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen, der digitalen Wirtschaft und Verbrauchervertretern.

Laut Bitkom Länderindex<sup>1</sup> sind außerdem die Haushaltsmittel für die Digitalisierung in diesem Jahr gesunken. Diese Entwicklung darf von der neuen Staatsregierung nicht fortgeführt werden – **Investitionen in eine digitale Verwaltung sind Zukunftsinvestitionen in die Handlungsfähigkeit des Landes.**

## 5. IT-Fachkräfte nach Sachsen holen

Allein im Jahr 2023 **fehlten deutschen Unternehmen bundesweit und branchenübergreifend 149.000 IT-Fachkräfte**. Bis 2040 wird diese Zahl auf 660.000 fehlende IT-Fachkräfte ansteigen. Das Personal der Zukunft muss sowohl mit **inländischer als auch ausländischer Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik** gesichert werden. Dafür muss die Attraktivität Sachsens als **Zuwanderungsland** für IT-Fachkräfte maßgeblich gesteigert werden: Neben der **Absenkung der Anforderungen für qualifizierte Zuwanderung ist der Abbau formaler und bürokratischer Hürden dringend notwendig**. Zu komplizierte Zuwanderungsverfahren konterkarieren ein effektives Standortmarketing. Insbesondere die Digitalisierung der Ausländerbehörden ist mit Inkrafttreten des novellierten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes unabdingbar, um Prozesse zu beschleunigen. Dieses erfordert darüber hinaus eine stärkere Willkommenskultur. IT-Fachkräfte aus dem Ausland müssen gezielt angesprochen werden. Das **Portal IQ-Netzwerk Sachsen** ist dabei ein wichtiges Instrument, das aber stärker in die bestehenden Informationsquellen des Landes eingebunden, ausgebaut und sichtbar gemacht werden muss. Auch das Fachzentrum für die Fachkräftegewinnung und Fachkräftesicherung in Sachsen bietet für Unternehmen einen strukturierten und praxisnahen Einstieg in das komplexe Themengebiet der Fachkräftesicherung und sollte ausgebaut werden.

Es bedarf eines gesicherten **Informationsflusses in der komplexen Einwanderungslandschaft**, der zugleich das Matching-Potenzial zwischen Unternehmen und Fachkräften steigert. Dies gilt ebenso für **Unterstützungsmaßnahmen zur vereinfachten Integration**, z. B. durch Sprachkurseangebote und Mentorenprogramme, die von der Verwaltung gesteuert werden. So werden Fachkräfte sowie kleine und mittelständische Unternehmen gleichermaßen unterstützt und eine Willkommenskultur geschaffen. Wirtschaft und Verwaltung müssen an einem Strang ziehen, um die Attraktivität Sachsens für IT-Fachkräfte aus dem Ausland zu stärken.

1 ↗ Bitkom-Laenderindex-2024-Digitalbudgets.pdf

## 6. KI made in Sachsen

Mit der KI-Strategie für den Freistaat Sachsen aus dem Jahr 2021 wurde deutlich gemacht, welche Bedeutung die Technologie im Bundesland hat und dass ihre Potenziale für alle Bereiche erkannt wurden. Nun gilt es, die geschaffenen Strukturen in der kommenden Legislaturperiode auszubauen. Die **Weiterentwicklung der Kompetenzstelle KI als zukünftige zentrale Plattform** für die KI-Aktivitäten in Sachsen ist ein zentrales Handlungsfeld für die kommende Legislatur. Im Fokus stehen sollten dabei insbesondere die **Vernetzung relevanter Stakeholder im sächsischen Digital- und KI-Ökosystem mit dem Ziel, KI systematisch in die nutzenstiftende Anwendung zu bringen**. Dies gilt auf der einen Seite für die Breite der Wirtschaft und auf der anderen Seite für den öffentlichen Sektor und die digitale Verwaltung. Etablierte Formate wie der sächsische **KI-Kongress** bilden hier eine gute Grundlage.

Anwendungsszenarien und Potenziale von KI sind breit, wie die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Generativen KI unterstreichen. Aber auch klassische KI-Verfahren und -Ansätze bergen große Potenziale, die es zu heben gilt. Vor allem im **Bereich der Halbleiter- und Mikroelektronik sowie in industriellen Anwendungsszenarien müssen die Stärken der sächsischen Wirtschaft weiterentwickelt** werden. Aufbauend auf dem starken sächsischen Forschungsökosystem – sowohl im Bereich der Grundlagenforschung als auch bei anwendungsorientierter Forschung – sollte ein weiterer Fokus darauf liegen, den **Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis zu verbessern**. Zentral ist hier ein regelmäßiger Austausch mit Unternehmen, um die Bedarfe der Wirtschaft bestmöglich zu adressieren.

## 7. Digitale Teilhabe sichern

Die gleichberechtigte Teilhabe an der Digitalisierung sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Gleichzeitig bieten digitale Technologien die Chance auf mehr politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe**. Alle Menschen im Freistaat sollen sich daher sicher, selbstbewusst und selbstbestimmt in der digitalen Welt bewegen können. Dafür müssen **zukunftsfähige Weiterbildungsangebote** weiter ausgebaut werden. Speziell die **Transparenz bestehender Fördermöglichkeiten** und Angebote muss erhöht werden. Dazu braucht es ausreichend Haushaltsmittel und eine Vernetzung der verschiedenen Bildungsangebote. Schnittstellen mit nationalen **Plattformen wie meinNOW und meinBildungsraum** müssen geschaffen und bei landesweiten Maßnahmen mitgedacht werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Der **Quereinstieg in digitale Berufe** sollte gezielt gefördert werden.

Insbesondere sollten Angebote gefördert und in die Breite getragen werden, die Menschen erreichen, die sich nicht in der Ausbildung oder in einem mit Weiterbildungsangeboten verbundenen Arbeitsverhältnis befinden. Dazu bedarf es **vielfältiger und niedrigschwelliger Maßnahmen für alle Bevölkerungsgruppen**, die von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv genutzt werden. Der Freistaat ist mit seiner breiten Palette an Angeboten zur digitalen Teilhabe bereits gut aufgestellt – nun gilt es, Projekte wie die Anlaufstellen in den Kommunen im Rahmen von »**Gemeinsam**

**Digital« zu verstetigen, langfristig zu finanzieren und ihre Sichtbarkeit in der Gesellschaft zu erhöhen.** Für mehr Sichtbarkeit ist auch die Partnerschaft Sachsens im **DigitalPakt Alter** zu begrüßen. Um den Übergang zu einer vollständig digitalen Verwaltung zu erleichtern, sollten zudem speziell geschulte Verwaltungsmitarbeitende digital weniger versierte Menschen beim Gang auf das digitale Amt unterstützen.

## 8. Startups in Sachsen: Die Global Player von morgen

Sachsen kann Innovation – das zeigt u. a. die hohe Forschungsintensität des Freistaates sowie der überdurchschnittlich hohe Anteil von Studierenden in MINT-Fächern und den Ingenieurwissenschaften. Als einer der **stärksten Forschungsstandorte Deutschlands** bietet Sachsen einen optimalen Nährboden für neue, innovative Geschäftsmodelle: So ist Sachsen das **einzige ostdeutsche Flächenland mit einem Unicorn**. Die neue Landesregierung muss **Startup-Politik deswegen unbedingt weiter vorantreiben**, um die vielen Gründungserfolge der letzten Jahre nun in der Wachstumsphase zu unterstützen. Zentral hierfür ist u. a. die **Stärkung des sächsischen Transferökosystems**, die Etablierung Sachsens als **Anziehungspunkt für internationale Talente, die Mobilisierung privaten Wagniskapitals und der erleichterte Zugang zu Ausschreibungen der öffentlichen Hand**.

In Deutschland verzichten laut Bitkom-Zahlen 69 Prozent der Startups auf eine Beteiligung an öffentlichen Aufträgen aufgrund ihrer Komplexität. Die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand an innovative Startups und Scaleups könnte jedoch dazu beitragen, die Verwaltung und Kommunen weiter zu digitalisieren und gleichzeitig junge Unternehmen in ihrer Wachstumsphase zu unterstützen. Daher ist es von hoher Bedeutung, das **Vergaberecht** so anzupassen, dass Startups problemlos mit dem öffentlichen Sektor Geschäfte machen können.

Hamburg geht mit der Agentur GovTechHH noch einen Schritt weiter, indem die Stadt eine **Anlaufstelle für Startups** betreibt, die mit der öffentlichen Hand kooperieren wollen. So werden neue Problemstellungen gezielt mit innovativen Lösungen von Startups angegangen. Auch in Sachsen könnte die Landesverwaltung von einem solchen Venture Clienting Unit stark profitieren.

## 9. New Mobility in Sachsen fördern

Ob als Gründungsort innovativer Mobilitätsplattformen oder als bedeutender Standort der deutschen Automobilindustrie – **Sachsen ist ein zentraler Motor für den Mobilitätsstandort Deutschland**. Um diesen Standortvorteil auch in Zukunft nutzen zu können, muss Sachsen die **Digitalisierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur weiter vorantreiben** und die Nutzung neuer Mobilitätsangebote verkehrsträgerübergreifend fördern.

Mit der Sächsischen Digitalstrategie 2030 hat sich der Freistaat auch im Bereich Mobilität ehrgeizige Ziele gesetzt. Insbesondere das Vorhaben, bis 2025 automatisierte Fahrzeuge als Ergänzung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einzusetzen, würde Sachsen zu einem echten Vorreiter machen. Sachsen wird aber nur dann eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn die Landesregierung durch **schnelle Genehmigungsverfahren und bedarfsgerechte Förderung dazu beiträgt, dass Pilotprojekte auch in den Regelbetrieb überführt werden**. In enger Abstimmung mit den anderen Bundesländern sollte dazu der Leitfaden zur Betriebsbereichsgenehmigung autonomer Fahrzeuge praxisnah angewendet werden.

Über das autonome Fahren hinaus enthält die Digitalstrategie weitere wichtige Eckpunkte. Insbesondere der Aufbau einer sachsenweiten ÖPNV-Plattform bis spätestens 2030 ist ein wichtiger Baustein, um attraktive Mobilitätsangebote für die Menschen zu schaffen. Dafür müssen die Dienste öffentlicher und privater Mobilitätsanbieter digital vernetzt und zusammengedacht werden. **Ausbaufähig ist hingegen die Ladeinfrastruktur**. Mit einem Ladepunkt pro 1 000 Einwohner liegt Sachsen laut Bitkom Länderindex auf Platz 11 von 16 Bundesländern. Um sich für die Zukunft zu rüsten, muss Sachsen geeignete regulatorische Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der Ladeinfrastruktur schaffen. Nun gilt es für die neue Staatsregierung, den Absichten Taten folgen zu lassen, um die **Qualität und Vielfalt der Mobilitätsangebote sowohl im ländlichen Raum als auch in den Ballungszentren zu stärken**.

## 10. Resilienz im Cyberraum stärken

Die neue sächsische Staatsregierung muss dafür sorgen, dass die Cybersicherheit auf allen Ebenen gestärkt wird, um die Resilienz gegenüber Cyberbedrohungen zu erhöhen. Die bevorstehende **Umsetzungsfrist der NIS2-Richtlinie** (»The Network and Information Security Directive«) im Oktober dieses Jahres wird für Unternehmen und Behörden in Sachsen eine große Veränderung mit sich bringen. Angesichts des europäischen Ansatzes dieser Richtlinie, einen harmonisierten und zukunftssicheren Regulierungsrahmen zu schaffen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die neue sächsische Staatsregierung die Umsetzung konsequent vorantreibt. Es gilt, die neuen Anforderungen klar zu kommunizieren und alle **Unternehmen bei ihren Bemühungen zu unterstützen**. Während andere Bundesländer planen, die Kommunen aus dem Anwendungsbereich herauszunehmen, **sollte Sachsen mit gutem Beispiel vorgehen und die Umsetzung über die Mindestanforderungen hinaus vorantreiben**. Eine Vernachlässigung der Cybersicherheit in den Ländern wird sonst langfristig zu deutlich höheren Kosten führen. Außerdem ist eine **verbesserte Koordination** über alle Ebenen hinweg sowie ein **intensiverer Informationsaustausch** notwendig.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

**Bitkom e.V.**

Albrechtstraße 10  
10117 Berlin  
T 030 27576-0  
[bitkom@bitkom.org](mailto:bitkom@bitkom.org)

[bitkom.org](https://www.bitkom.org)

**bitkom**